

Werkplatz Schweiz wohin?

Bedrohungen und Perspektiven

Die Schweizer Industrie verdient Respekt: Auf der soliden Grundlage ihrer anerkannten Stärken ist es ihr gelungen, auf Erfolgskurs zu bleiben. Allerdings zeigt sich immer deutlicher, dass die Bedrohungen für den Werkplatz Schweiz zunehmen. Deren Ursprung liegt nicht nur im Ausland: Probleme wie der drohende Kollaps der Energieversorgung oder das verkrampfte Verhältnis der Schweiz mit der EU sind ebenso gravierend wie der Trend zur Abschottung in gewissen Märkten, die Eiszeit in der Beziehung zwischen den USA und China oder die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine.

Was kommt auf die Industrieunternehmen in der Schweiz zu? Und wie sollen sie damit umgehen? Stefan Brupbacher, Direktor des Verbandes der Schweizer Tech-Industrie Swissmem, Daniel Bachofen, Geschäftsleiter der Bachofen AG, und Andreas Bachmann, Verkaufsleiter der Bachofen AG, diskutieren über die aktuelle Lage, zeigen Szenarien auf und senden Weckrufe in Richtung Politik.

Daniel Bachofen: Wie beurteilen Sie die aktuelle Lage des Werkplatzes Schweiz?

Stefan Brupbacher: Die Schweiz zählt zu den wenigen Ländern, die in den letzten zwanzig Jahren keine Deindustrialisierung erlebt haben. Den Industrieunternehmen in der Schweiz ist es gelungen, Wertschöpfung und Produktivität um 60% zu steigern. Sie sind international ausgerichtet und wettbewerbsfähig. Der Werkplatz Schweiz ist grundsätzlich in guter Verfassung.

Andreas Bachmann: Also zuversichtliche Perspektiven für das laufende Jahr?

SB: Natürlich gibt es grosse Fragezeichen: Wie entwickelt sich der Krieg in der Ukraine? Müssen wir mit Cyberangriffen rechnen? Steigen die Energiepreise weiter an? Verschärft sich

der Handelskrieg mit China? All diese Faktoren können für die Wirtschaft signifikante Auswirkungen haben.

DB: Dann wäre da noch die Inflation.

SB: Da sie noch immer zu hoch ist, werden die Zentralbanken die Leitzinsen so weit erhöhen, bis der Konsum und die Löhne sinken. Wir befinden uns aktuell in einem spannenden ökonomischen Umfeld. Die Zentralbanken drängen auf höhere Zinsen, während die Märkte sagen, die Zinsen werden nicht steigen.

DB: Inflation, steigende Zinssätze, das China-Problem und die Energiekrise stellen Deutschland, die grösste Volkswirtschaft Europas vor grosse Probleme. Sollte es dort zu einer Abwanderung von Industriefirmen kommen, dürfte es auch bei uns kritisch werden.

Stefan Brupbacher – Botschafter der Schweizer Industrie, Tatmensch und Naturliebhaber

Stefan Brupbacher leitet seit 2019 den führenden Schweizer Industrieverband Swissmem und vertritt seit 2020 die Interessen der Schweizer Industrie im europäischen Dachverband der Industrieunternehmen Orgalim. Er studierte an der Universität Zürich Recht und schloss als Dr. jur. ab. Zuvor absolvierte er Studiengänge für europäisches und internationales Wirtschaftsrecht an der John Hopkins University, Bologna Center und Washington DC, sowie an der Universität St. Gallen. Stefan Brupbacher ist überzeugter Liberaler und Verfechter einer freien Marktwirtschaft.

SB: Rund 25% unserer Industrieexporte gehen nach Deutschland. Wir sind sehr stark integriert. Die Entwicklung in Deutschland macht uns tatsächlich Sorgen.

AB: Und was raten Sie Ihren Mitgliedern?

SB: Learning Nr. 1: Lieferketten diversifizieren. Das machen mittlerweile die meisten Unternehmen. Learning Nr. 2: Innovationstrends aufnehmen und mitprägen. Auch das ist nichts Neues. Learning Nr. 3: Sich auf Auswirkungen der Handelskriege und Wettbewerbsverzerrungen durch staatliche Interventionen vorbereiten. Learning Nr. 4: Bei den immer komplexer werdenden Regulierungen am Ball bleiben.

DB: Bei einer Swissmem-Umfrage zu den grössten Sorgen der



Mitglieder wurde an erster Stelle Probleme bei den Lieferketten genannt. An zweiter Stelle die Energiepreise und an der dritten der Arbeitskräftemangel.

SB: Das dürfte sich mittlerweile gedreht haben. Der Arbeitskräftemangel ist dramatisch und schmerzt die Unternehmen. Es ist frustrierend, wenn man spannende Projekte nicht umsetzen kann, weil es an Arbeitskräften fehlt. Erschwerend kommt der Trend zu Teilzeitarbeit hinzu.

AB: Was tun Sie als Verband, um dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken?

SB: Wir haben das Branchen-Marketing generell intensiviert und sprechen über Social Media und weitere Kanäle insbesondere junge Menschen an, die vor der Berufswahl stehen. In unseren Kampagnen zeigen wir auf, dass wir eine coole Branche sind und thematisieren auch das Engagement der Industrie für eine klimafreundliche Produktion.

DB: Als eine weitere grosse Herausforderung für die Industrie in der Schweiz sehe ich die



unterminierenden Tendenzen gegen den freien Handel, die vor allem für die Exportindustrie dramatisch sind. Die USA gegen China, die America First-Politik, ein möglicher IRA* für Europa usw. Wie unterstützen Sie Ihre Mitglieder im Zusammenhang mit diesen brisanten Fragen?

SB: Wir bieten zum Beispiel Webinare und Seminare zu neuen Gesetzen in Exportländern, insbesondere in den USA an. Auf der politischen Ebene engagieren wir uns stark für die Bekämpfung von Protektionismus, für Abschlüsse von möglichst vielen Freihandelsabkommen und für eine Lösung mit der EU.

DB: Wird der Handelskrieg zwischen den USA und China dazu führen, dass Industrieunternehmen in der Schweiz ihr Portfolio quasi verdoppeln oder sich für einen der beiden Märkte entscheiden müssen?

SB: Idealerweise sollten sie sich nicht entscheiden müssen. Aber gewisse marktspezifische Anpassungen werden für manche Unternehmen nicht zu vermeiden sein. Ich denke beispielsweise an Werkzeugmaschinenhersteller, die gemäss den

Local-Content-Vorschriften den Anteil von US-Komponenten reduzieren müssen, wenn sie Maschinen nach China liefern wollen.

AB: Was tun, wenn der Druck zunimmt, sich zwischen Amerika und China entscheiden zu müssen?

SB: Die Schweiz muss eine Strategie der doppelten Unverzichtbarkeit verfolgen. Die eine zielt darauf ab, einzigartige Produkte herzustellen, auf die in den Weltmärkten nicht verzichtet werden kann. Das wäre so eine Art Versicherungspolice.

AB: Die zweite?

SB: Wir erwarten vom Bund, dass er diplomatische Offensiven und Vorschläge entwickelt, wie er es zurzeit in Singapur macht. Die Schweiz muss sich so positionieren, dass sich die Einsicht durchsetzt, wir brauchen sie und lassen sie dafür in Ruhe.

DB: Die Europäer subventionieren ihre Industrie und die US-Amerikaner betreiben technologisches Decoupling. Sie behindern damit den freien Markt und gefährden damit den Wohlstand.



Stefan Brupbacher

SB: Das ist leider so. Deshalb ist es enorm wichtig, dass wir als Verband die Bevölkerung davon überzeugen, wie wichtig Export und Freihandel für den Wohlstand sind – auch für den Wohlstand in Exportländern wie Brasilien oder Indonesien.

DB: Wie beurteilen Sie die Erfolgchancen des IRA* und des CHIPS Act für die USA?**

SB: Aktuelle Studien zeigen, dass der IRA Subventionsgelüste auslöst. Was der Staat zum Schutz der Unternehmen unternimmt, geht auf Kosten der Konsumenten. Für die Volkswirtschaft der USA sind die staatlichen Interventionen kein Erfolg. Für gewisse Firmen, die Subventionen erhalten, hingegen schon.

DB: Subventionen sind definitiv nicht zielführend. Und ich denke, die Schweizer Industrie braucht sie nicht.

SB: Die Industrieunternehmen in der Schweiz schlagen sich trotz multiplexer Krise hervorragend. Sie setzen konsequent auf höchste Qualität und Präzision. Sie treiben Innovationsprojekte energisch voran und agieren proaktiv und flexibel. Last but not least verfügen sie – vor allem

dank des dualen Bildungssystems – über qualifizierte und motivierte Mitarbeitende, die sich ihrer Verantwortung für das Ergebnis ihrer Arbeit bewusst sind.

AB: Ein Thema, das vor allem die Exportindustrie in der Schweiz beschäftigt, ist das Verhältnis der Schweiz zur EU. Wie steht Ihr Verband dazu?

SB: Die Lösung kann eigentlich nur die Weiterführung des bilateralen Wegs sein. Alles andere ist weder möglich noch sinnvoll. Der Bundesrat soll endlich seine Sondierungsgespräche abschliessen und rasch vorwärts machen.

AB: Das gilt auch für die Energiefrage ...



SB: Am meisten Sorgen bereitet mir, dass EU-Länder laut Aussagen der EU-Kommission ab 2025 nur noch 30% des Stromexports in Länder wie die Schweiz liefern dürfen. Wenn Leibstadt ab 2025 im Winter ausfällt, werden wir einen Blackout haben. Die Zeit läuft, aber die Politik trödelt. Erschwerend für die Klärung unseres Verhältnisses mit der EU ist, dass das EU-Dossier ausgerechnet von zwei aggressiven Gewerkschaften dominiert wird.

DB: In der Energiepolitik haben wir zwei Probleme. Das für 2025 angedrohte faktische Lieferverbot von Strom aus Europa und die unzureichende Eigenproduktion.

SB: Ich erkenne da ein typisches Polit- und Staatsversagen während der letzten 10 bis 15 Jahre. Wir wissen schon längst, dass wir dringend mehr nachhaltig produzierte Energie benötigen. Dem gegenüber steht eine Bewilligungspraxis für Produktionsinfrastrukturen, die vom Amtschimmel statt vom gesunden Menschenverstand diktiert wird.

DB: Sturheit statt Kompromissfähigkeit ...

SB: Tatsächlich ist es unglaublich, wie viele Einsprachen gegen den Bau



Daniel Bachofen

von Solarkraftwerken oder Windrädern gemacht werden dürfen. Einzelne Schutzinteressen geniessen Priorität vor dem generellen Interesse. Das ist unhaltbar.

DB: Täusche ich mich, oder hat sich kürzlich in der Politik etwas bewegt?

SB: Wohl lediglich auf Druck der Schlagzeilen in den Medien, die den Teufel einer Energiemangellage an die Wand gemalt haben ...

AB: ... und jetzt kommt der Sommer.

SB: Der Sommer steht vor der Tür und als «auserwähltes» Volk meinen wir, wir hätten nichts zu befürchten. Aber mit dieser Einstellung laufen wir brutal gegen die Wand und landen im Blackout. Der Ausbau der Stromproduktion muss jetzt stattfinden. Es ist fünf vor zwölf.

DB: Ist eine Verlängerung des Stromabkommens mit der EU losgelöst von einer Lösung der Bilateralen überhaupt möglich?

SB: Die Botschaft aus Brüssel ist sonnenklar: ohne institutionelles Abkommen kein Stromabkommen. Zu überlegen ist, ob sich das Problem der 30% Limite der EU für Stromlieferungen in die Schweiz auf

technischer Ebene lösen liesse, aber auch da braucht es den Goodwill der EU. Als Kleinstaat sitzen wir immer am kürzeren Hebel.

DB: Der Thermotronic-Experte Prof. em. Lino Guzella sagt, «Build whatever you can». Welches ist die richtige Technologie um zukünftig CO₂-neutral Energie in der Schweiz zu produzieren?

SB: Im Moment findet eine intensive Entwicklung mit unterschiedlichen Technologien statt. Dies nach dem Motto Technologieoffenheit und Technologieneutralität. Nur so ist Innovation möglich. Ziel muss es sein, im Dreieck Versorgungssicherheit, wettbewerbsfähige Preise und nachhaltige Produktion ein Optimum zu finden.

AB: Auch Nuklearenergie muss als Option im Spiel bleiben.

SB: Stimmt. Dazu müssen wir aber zuerst das Technologieverbot kippen. Allerdings baut man Atomkraftwerke nicht von einem Tag auf den anderen. Aktuell müssen wir uns auf das fokussieren, was möglichst unmittelbar realisiert werden kann. Also auf den raschen Ausbau von Solarenergie, Windenergie und Wasserkraft.



Andreas Bachmann

AB: Zum Abschluss: Welche sind Ihre drei Wünsche an die Schweizer Politik, an Parlament und Regierung?

Wunsch Nr. 1: Die Politik soll bitte schön anerkennen, dass der Werkplatz Schweiz reich an Juwelen der Fertigungsindustrie ist, die Wohlstand schaffen und für gesellschaftliche Lösungen weltweit einen extrem wichtigen Beitrag leisten. Wunsch Nr. 2: Sucht Lösungen für einen ungehinderten Zugang zu Auslandsmärkten, sprich für ein kooperatives Verhältnis mit der EU und weiteren für die Schweizer Exportindustrie attraktiven Ländern. Sorgt dafür, dass die Schweiz weiterhin als Leuchtturm für Internationalität wahrgenommen wird. Wunsch Nr. 3: Engagiert euch für das duale Bildungssystem. Wir brauchen nicht immer mehr Akademiker, sondern möglichst viele gut ausgebildete Fachkräfte. ■

Das Gespräch fand am 22. Februar 2023 am Firmensitz der Bachofen AG in Uster statt.

* Inflation Reduction Act

** «Creating Helpful Incentives to Produce Semiconductors», US-Bundesgesetz vom 9. August 2022